

Saarlouis, den 14. Januar 2019

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Beigeordneter,

hiermit beantragen wir namens der Fraktionen von CDU und Bündnis90/DIE GRÜNEN die Aufnahme des nachfolgenden TOP's auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 31. Januar 2019:

„Abschluss einer Sicherheitspartnerschaft zwischen der Kreisstadt Saarlouis und dem Ministerium für Inneres, Bauen und Sport“

1. *Der Stadtrat bittet die Verwaltung aufbauend auf dem bestehenden Netzwerk SOS (Sicherheit-Ordnung-Sauberkeit) mit dem Ministerium für Inneres, Bauen und Sport eine sog. Sicherheitspartnerschaft abzuschließen.*
2. *Die Sicherheitspartnerschaft sollte analog zu den bereits bestehenden Partnerschaften u. a. mit der Landeshauptstadt Saarbrücken ausgestaltet sein, aber insbesondere auch spezifische Saarlouiser Gegebenheiten berücksichtigen. Für den Stadtrat Saarlouis sind*
 - *eine verstärkte Polizeipräsenz im Stadtgebiet (Innenstadt und Stadtteile) sowie*
 - *die Durchführung gemeinsamer Schwerpunktaktionen zwischen Ortspolizeibehörde/„Stadtpolizei“ und Vollzugspolizei*

ganz wesentliche Bausteine zur Verbesserung der Kriminalitätslage sowie der Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Saarlouiser Bürgerinnen und Bürger.

Begründung:

Die Kriminalitäts- und Gefährdungslage hat sich bundesweit strukturell verändert. Die organisierte Kriminalität arbeitet internationaler, vernetzter und professioneller. Von dieser Entwicklung bleibt leider auch die Kreisstadt Saarlouis nicht verschont.

Der Abschluss einer sog. Sicherheitspartnerschaft ist in Saarlouis bereits seit 2 Jahren ein wichtiges Thema in der Stadtpolitik. Ziel ist es, das bestehende Netzwerk SOS – das sich in der Vergangenheit bewährt hat – auszubauen, an die geänderte Kriminalitäts- und Gefährdungslage anzupassen und eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung (Ortspolizeibehörde/„Stadtpolizei“, NBS, Amt für Schulen und Sport, Amt für Soziales etc.) und dem Ministerium für Inneres, Bauen und Sport zu vereinbaren.

Durch qualitativ hochwertige, faktenbasierte und vernetzte Lagebilder kann die Sicherheitspartnerschaft einen wichtigen Beitrag dazu leisten, durch gezielte Maßnahmen der Kriminalität in der Kreisstadt Saarlouis zu begegnen. Gezielte Schwerpunktkontrollen im Stadtgebiet bei besonderen Problemlagen wie beispielsweise in Shisha-Cafés, am Ravelin V oder an Schulen können zukünftig zu noch mehr Sicherheit in unserer Stadt beitragen.

Um eine entsprechende Kooperation erfolgreich umzusetzen, ist eine personell ordentlich ausgestattete OPB zwingend erforderlich. Daher hat der Stadtrat auf Initiative von CDU und Bündnis90/DIE GRÜNEN erst kürzlich zwei zusätzliche Stellen im Bereich der Polizeiverwaltungsbehörde geschaffen. Das Einstellungsverfahren für die zwei zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter läuft derzeit und wird in Kürze abgeschlossen sein. Insoweit kommen wir als Stadt Saarlouis auch unserer Verpflichtung nach und stellen das für eine verstärkte Zusammenarbeit erforderliche Personal zur Verfügung.

Eine Sicherheitspartnerschaft schafft mehr Sicherheit für alle Saarlouiserinnen und Saarlouiser. Daher halten wir den Abschluss einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung für zwingend geboten.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Raphael Schäfer
(CDU-Fraktionsvorsitzender)

gez.
Gabriel Mahren
(Grünen-Fraktionsvorsitzender)